

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 15. Mai 2017  
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

**P 185 Postulat Jung Gerda und Mit. über eine patientenorientierte Palliativversorgung im vertrauten Umfeld / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Räto B. Camenisch beantragt Ablehnung.

Räto B. Camenisch: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil damit die Palliativbedürfnisse nur vermeintlich getroffen werden. Das angedachte staatlich organisierte Projekt wäre eine Büchse der Pandora. Nur Hochschulprofessoren, welche die staatlichen Ausführungsgewohnheiten nicht kennen, können von Kosten in der Höhe von 600 000 Franken sprechen. Meiner Meinung nach könnte diesem Betrag eine zusätzliche Null hinzugefügt werden. Das Sterben gehört zum Leben. Der Mensch musste Wege finden, die begleitenden Probleme zu überwinden. Bei uns hat das der Gesetzgeber schon vor zehn Jahren richtungsweisend formuliert. Die Entwicklungen daraus sind alles andere als schlecht. Das jetzige ambulante System funktioniert gut. Wenn sich komplexe pflegerische Situationen ergeben, wird auch in Zukunft eine Spitaleinweisung unumgänglich sein. Wo liegt das Problem? Warum gibt es so viele Spitaleinweisungen zum Sterben in fremder Umgebung? Die meisten Betroffenen wünschen zu Hause zu sterben. Aber ich habe in jahrzehntelanger Erfahrung erlebt, dass es meistens nicht zwingende pflegerische Notwendigkeiten waren, sondern eine vor allem emotionale und vermeintlich technische Überforderung der Angehörigen, die mich zwangen, eine solche Sterbeeinweisung zu machen. Viele Angehörige sind schlicht nicht darauf vorbereitet, eine lieb gewonnene Person sterben zu sehen, und bekommen ein schlechtes Gewissen in der Meinung, sie täten für die Kranken nicht genug. Dabei stehen meist nicht mehr pflegerische und medizinische Massnahmen im Vordergrund, sondern eine Betreuung und Liebe und Zuwendung zu Hause. Spitex und Ärzteschaft begleiten solche häufige Situationen zum Glück anerkanntermassen eng, engagiert und kompetent. Ein kantonsumspannender mobiler Betreuungsdienst in 24-Stunden-Bereitschaft mit diplomiertem Pflegepersonal, Palliativärzten, Psychologen, Care-Team und Sozialarbeitern wäre ein schwerlich bezahlbares staatliches Medizinmonster, das nicht nur in die Intimität des häuslichen Betreuungskreises einbrechen, sondern letztendlich die heutigen Strukturen gefährden würde, schlussendlich unter Missachtung der Gemeindeautonomie. Wenn wir die Angehörigen überzeugen können, dass sie den Sterbenden mit dem Tod in den eigenen vier Wänden den grössten letzten Dienst erweisen können, werden die Sterbeeinweisungen abnehmen und sich hoffentlich auf die nur pflegerisch und medizinisch eindeutig indizierten Fälle einpendeln. Dazu braucht es schon lange vor der Endsituation Gespräche und Betreuung. Mit einem institutionalisierten Palliativdienst wird die heikle Situation nur noch stigmatisiert und in eine völlig falsche, übertriebene Wahrnehmung getrieben.

Gerda Jung: Die Regierung hat erkannt, dass nach der Definition im Gesundheitsgesetz im Jahr 2006 nun auch die finanzielle Angelegenheit geklärt werden muss, mittelfristig in Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Rahmen der Aufgaben- und Finanzreform 2018. Bei Palliative Care werden schwerkranke Menschen ganzheitlich, das heisst körperlich, psychisch, sozial und spirituell bis ans Lebensende betreut. Rundum lebt Palliative Care

in unserem Kanton. Die Menschen und ihr Umfeld nützen immer mehr das umfangreiche, sanfte und bewusste Angebot vom Abschiednehmen in Spitälern und Heimen, mit Hilfe der Spitex zu Hause und bald im Zentralschweizer Hospiz. Umso wichtiger ist es, dass unser Parlament der Erheblicherklärung des Postulats zustimmt.

Angela Pfäffli-Oswald: Die Forderung nach einem mobilen Palliative-Care-Dienst auf dem gesamten Kantonsgebiet und die entsprechende Finanzierung entsprechen immer mehr einem Bedürfnis eines weiten Kreises unserer Bevölkerung. Viele unserer Mitbürger wollen ihren Lebensabend so lange wie möglich zu Hause verbringen und in der gewohnten Umgebung sterben. Dazu ist in den meisten Fällen Hilfe von aussen notwendig. Auch wenn die Palliativversorgung mittlerweile im Gesundheitsgesetz festgeschrieben ist und sich das Angebot stetig verbessert hat, gibt es Verbesserungspotenzial; insbesondere in den ländlichen Gebieten bestehen noch grosse Lücken. Eine erweiterte Unterstützung im Bereich Palliative Care ist wünschenswert. Tatsache ist, dass heute viele Patientinnen und Patienten für die letzten Lebensstage aus pflegerischen Gründen ins Akutspital eingewiesen werden. Ein mobiler Palliative-Care-Dienst kann betroffene Menschen und ihre Angehörigen unterstützen, muss aber nicht. Gleichzeitig würden für den Kanton weniger Spitalkosten anfallen, da diese durch ein ambulantes Angebot verhindert werden könnten. Es braucht aber verschiedene Palliative-Care-Dienste, nicht nur einen mobilen. Welchen finanziellen Anteil der Staat zu übernehmen hat, ist noch zu prüfen. Die FDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Yvonne Zemp Baumgartner: 80 Prozent der Menschen möchten in der Endphase ihres Lebens gerne zu Hause sterben. Diese Aussage stammt vom Präsidenten der Palliative Care Zentralschweiz. Die Realität sieht momentan ganz anders aus. Nur 20 Prozent der Menschen ist es vergönnt, in der vertrauten Umgebung sterben zu können. Leider verbringen 80 Prozent, häufig gegen ihren Wunsch, in einer Institution, meistens im Spital. Oftmals ist zu Hause keine angemessene Betreuung möglich. Sind keine Angehörigen mit einem professionellen Hintergrund zur Stelle, ist der Weg ins Heim oder ins Spital unumgänglich. In den Institutionen gibt es zum Glück spezifische palliative Abteilungen für Betreuung und Pflege. Die Spitex könnte zwar solche Leistungen erbringen, bewegt sich aber am Limit. Einmal mehr ist die Finanzierung nicht gesichert, und die Spendengelder für Palliative Care reichen nicht mehr aus, um die besonderen Bedürfnisse abdecken zu können. Zudem fehlt ein flächendeckender mobiler Palliative-Care-Dienst. Es fehlt aber auch die Koordination zwischen ambulanter und stationärer Pflege und Betreuung, damit passende Lösungen gefunden werden können. Das aktuelle Finanzierungssystem dient nicht mehr den Patienten und belastet sogar die öffentliche Hand. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Claudia Huser Barmettler: Die Nachfrage nach Palliative Care ist gross. Die GLP-Fraktion unterstützt nachhaltige und langfristig finanzierbare Massnahmen. Aus diesem Grund stimmen wir der Erheblicherklärung zu. Zudem sagt der Regierungsrat klar, dass es bei dieser Thematik um eine Prüfung im AFP gehe. Erst dann kann der Kostenanteil des Kantons definiert werden. Auch in diesem Bereich ist der Einsatz von Freiwilligen sinnvoll. Für die entsprechenden Ausbildungskosten müssen die Freiwilligen bis anhin selber aufkommen; das wird wohl auch so bleiben. Zumindest beim administrativen Teil ihrer Arbeit sollten sie aber Unterstützung erhalten.

Christina Reusser: Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung ebenfalls zu. Den Menschen soll es möglich sein, die letzten Tage im vertrauten, heimischen Umfeld verbringen zu können und dafür die nötige Pflege zu erhalten. Die gemeinsame Finanzierung ist anzustreben und im Rahmen der Aufgaben- und Finanzreform zu prüfen.

Beat Meister: Als Hausarzt werde ich sehr oft mit dieser Thematik konfrontiert. Wir alle tun uns schwer mit dem Sterben und sind irgendwann damit überfordert. Wir müssen aber mit diesen Überforderungen leben lernen. Wir können nicht für jedes Problem eine neue Institution aufbauen. Ich erlebe die Zusammenarbeit mit der lokalen Spitex als sehr positiv. Wir müssen das Problem mit den vorhandenen Strukturen bewältigen. Eine mobile Palliative Care könnte dazu führen, dass die Spitex sich zurückzieht, was eine sehr schlechte Entwicklung wäre. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Jörg Meyer: Das Thema hat eine sehr persönliche und menschliche Dimension, aber auch eine gesundheitspolitische. Deshalb ist es nötig, in der Zukunft über integrierte Versorgungsmodelle nachzudenken. Solche Modelle sind auch volkswirtschaftlich sinnvoll, dienen aber gleichzeitig den Betroffenen und ihren Familien. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Der Wunsch nach einem würdevollen Sterben wird anerkannt. Auch wenn ich das nicht gerne sage, aber mit der Pflege zu Hause können auch Kosten gespart werden. Das Angebot der mobilen Palliative Care kann genutzt werden, muss aber nicht. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, damit wir die entsprechenden Abklärungen treffen können.

Der Rat erklärt das Postulat mit 81 zu 24 Stimmen erheblich,